Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin besteht man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3394. • Expedition: Amt Lützow 3248.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Nettreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 97. [52. Jahrgang.] Freitag den 25. April 1913. [52. Jahrgang.] Nr. 97.

Berlin, den 24. April.

Politischer Tagesbericht.

Der angekündigte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer, ist vom Bundesrat angenommen worden.

Die Vorlage sieht eine allgemeine fünfundzwanzigprozentige Erhöhung der Beihilfen auf den Jahresbetrag von 150 ℳ vor, führt die Gewährung des Gnadenvierteljahrs für die Witwen der Beihilfeempfänger ein und mildert die Bedingungen für die Erlangung der Beihilfe insbesondere dadurch, daß deren Gewährung bei vorliegender, nicht nur auf vorübergehender Ursache beruhenden Unterstützungsbedürftigkeit von dem Nachweis der Erwerbsunfähigkeit nicht mehr abhängig gemacht wird. Hervorgetretenen Wünschen entsprechend sollen damit amtliche Feststellungen fort, die bei dem Alter der Kriegsteilnehmer nicht mehr am Platze sind; insbesondere erübrigt sich jede ärztliche Untersuchung.

Nach ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift soll ferner die Festsetzung der Fürsorgewürdigkeit und das politische Verhalten der Kriegsteilnehmer außer Betracht bleiben. Endlich dehnt der Entwurf die Fürsorge des Reiches auf die ehemals französischen Soldaten elsaß-lothringischer Abkunft aus, die in den Jahren 1870/71 an den Kämpfen gegen die Eingeborenen in Algier teilgenommen oder frühere Kriege Frankreichs mitgemacht haben. Elsaß-Lothringer, die als deutsch-Französischen Kriege von 1870/71 auf seiten Frankreichs beteiligt waren, besaßen die Anwartschaft auf die Beihilfen bekanntlich bereits bisher.

Die „Deutsche Zeitung" stellt die Behauptung auf, das Preßreferat des Auswärtigen Amts habe „jenes unerhörte Lügentelegramm herausgegeben, nach dem der Luftschiffbau Zeppelin angeblich behauptete, niemand habe, außer den beauftragten Offizieren, das Zeppelinschiff betreten." Gemeint ist ein Telegramm des Wolffschen Bureaus aus Friedrichshafen vom 4. April. Wir stellen fest, daß keine Stelle des Auswärtigen Amts mit diesem Telegramm etwas zu tun gehabt hat. Die gegenteilige Behauptung der „Deutschen Zeitung" widerspricht direkt den Tatsachen.

Aus § 44 Abs. 3 des Entwurfs eines Gesetzes über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag, welcher lautet:

„Eine Auskunftspflicht besteht nicht für die Polizeibehörden, für die Verwaltung der Schuldbücher öffentlicher Körperschaften sowie für die Verwaltung öffentlicher Sparkassen und anderer mit der Verwaltung und Verwahrung fremden Vermögens betrauter öffentlicher Anstalten"

scheint hier und da die irrtümliche Schlußfolgerung gezogen zu werden, daß den privaten Bankunternehmungen eine Auskunftspflicht den Veranlagungsbehörden gegenüber auferlegt werden solle. Dies ist keineswegs der Fall. Die erwähnte Vorschrift des § 44 Abs. 3 enthält lediglich eine Ausnahme von der Vorschrift des § 44 Abs. 1, wonach die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden verpflichtet sind, den Veranlagungsbehörden auf Ersuchen aus Büchern, Akten, Urkunden usw. Auskunft über die Vermögensverhältnisse des Beitragspflichtigen zu erteilen und ihnen Einsicht in solche, die Vermögensverhältnisse betreffenden Bücher, Akten, Urkunden usw. zu gestatten. Im Gesetzentwurf findet sich aber keine Vorschrift, wonach private Bankunternehmungen gehalten sein sollen, über die Depots und sonstigen Geschäftsbeziehungen ihrer Kundschaft der Veranlagungsbehörde Auskunft zu geben. § 44 Abs. 3 hat daher nur den Zweck, die von Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten vernalteten Anstalten der bezeichneten Art hinsichtlich der Auskunftspflicht nicht schlechter zu stellen, als die privaten Unternehmungen. Dies wäre aber der Fall, wenn die Vorschrift des § 44 Abs. 1 nicht, wie es in Abs. 3 geschehen, in ihrer Anwendbarkeit eingeschränkt würde. Es ist bereits wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es für den Umfang der Beitragspflicht ohne Belang ist, ob das Kapitalvermögen sich im Ausland oder im Inland befindet. Der Beitragspflichtige hat aber auch kein weiteres Eindringen der Veranlagungsbehörde in seine Verhältnisse zu befürchten, wenn er sein Kapitalvermögen bei einer inländischen Bank in Verwahrung gegeben hat. Es können also weder die Vorschriften des Entwurfs über die Beitragspflicht an sich noch die Vorschriften über das Veranlagungsverfahren einen Anreiz zur Verbringung von Bankdepots ins Ausland geben.

Der Krieg auf der Balkanhalbinsel.

Der Fall Skutaris.

Nach einer Meldung aus Wien hat die türkische Garnison von Skutari mit allen Ehren unter Bewilligung des Abzuges mit Waffen und Geschützen kapituliert. Essad Pascha ist mit seinen Truppen in der Richtung auf Dirana abgezogen.

Aus amtlicher montenegrinischer Quelle wird noch berichtet, daß die türkischen Truppen zuerst die Stellungen verließen, die von den Montenegrinern nicht besetzt worden waren. Auf der ganzen Front verkündeten Salven aus den montenegrinischen Geschützen die Besetzung der Stadt. In Cetinje wurde die Nachricht vom Falle Skutaris um 2 Uhr Nachts durch ein an den König gerichtetes Telegramm des Kronprinzen bekannt. Kanonenschüsse und Glockengeläute verkündeten der Bevölkerung der Hauptstadt das Ereignis. Die Bewohner verließen die Wohnungen und zogen vor den Palast, wo sie dem König, der Königlichen Familie und der Armee stürmische Ovationen bereiteten. König Nikolaus hielt vom Balkon eine Ansprache an die Menge. — Weiter wird gemeldet:

Die Haltung Oesterreich-Ungarns.

Wien, 23. April. Mit Rücksicht auf die gegen den einmütigen Willen Europas von den Montenegrinern fortgesetzte Haltung unterbreitete, wie das „Fremdenblatt" meldet, die österreichisch-ungarische Regierung den Mächten konkrete Vorschläge, welche auf die Anwendung nachdrücklicher Maßregeln abzielen, um die Montenegriner ehestens zur Räumung Skutaris zu veranlassen.

Nach einer Aeußerung von maßgebender Stelle kann der Fall Skutaris an der von den Mächten beschlossenen Zugehörigkeit der Stadt zu Albanien nichts ändern. Zweifellos wäre aber die Durchführung dieses Beschlusses ohne die Einnahme Skutaris leichter gewesen; indessen werde der Beschluß jedenfalls durchgeführt werden.

Die „Wiener Allgemeine Zeitung" erfährt von diplomatischer Seite:

Zwei Momente ermutigten König Nikolaus in erster Linie, sich dem Willen der Mächte zu widersetzen: Erstens war es der montenegrinischen Heeresleitung bekannt, daß in Skutari äußerster Mangel an Lebensmitteln herrsche. Der zweite Grund war, daß das ganze montenegrinische Volk die Einnahme forderte. Die erregte Stimmung fand auch Ausdruck in dem Kronrate, den König Nikolaus nach dem Kollektivschritt der Mächte wegen Einstellung des Bombardements einberief. Hierbei soll der Kriegsminister den König folgendermaßen angeredet haben: „Entweder Du läßt Skutari weiter beschießen, oder es stehen Automobile für Dich und Deine Familie bereit, um Dich über die Grenze zu bringen."

Prag, 23. April. Eine von den Tschechisch-Radikalen heute einberufene Versammlung zur Feier des Falles von Skutari wurde polizeilich verboten. Mehrere hundert Teilnehmer wurden von der Wache zerstreut. Es fanden daran anschließend Umzüge durch die Hauptstraßen und die Vorstadt Weinberge statt unter Hochrufen auf Montenegro und Absingen allslawischer Lieder. Ein Abgeordneter versuchte wiederholt, Ansprachen an die Menge zu halten, wurde aber von der Polizei verhindert. Mehrere Ansammlungen wurden zerstreut und ungefähr dreißig Verhaftungen vorgenommen.

Wie die „Bohemia" meldet, sind die allslawischen Fahnen an den Häusern in Prag, welche aus Anlaß der Einnahme von Skutari durch die Montenegriner ausgehängt worden waren, auf Anweisung der Polizei entfernt worden. Ebenso wurden zahlreiche Sympathietelegramme an die montenegrinische Regierung von der Postverwaltung angehalten.

Die italienische Auffassung.

Rom, 23. April. Die „Tribuna" schreibt, der Eindruck, der in den diplomatischen Kreisen Roms und ganz Europas über den Fall Skutaris vorherrsche, sei sehr ernst. Der gegenwärtige Augenblick sei besonders schwierig und unterscheide sich von den früheren kritischen Phasen dadurch, daß er den Höhepunkt des Konflikts der einander widersprechenden Interessen darstelle und zu einer Entscheidung nötige, nicht über ein noch zum Teil hypothetisches Problem, sondern über eine vollzogene Tatsache. Allein die Aufrechterhaltung der Einigkeit Europas könne die Lage retten. Diese Einigkeit werde sich erhalten lassen können, wenn Europa die Energie finde, mit allgemeiner Zustimmung für eine sofortige, genau festgelegte Aktion Sorge zu tragen. Jede Ungewißheit oder jedes Zögern könnte die Wirkung haben, neue gefährliche Probleme zu stellen und den Frieden zu gefährden. Die „Tribuna" schließt, indem sie die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die ernsten Schwierigkeiten der Lage lenkt, weil es wünschenswert sei, daß in einem Augenblick, wie es der gegenwärtige sei, die Oeffentlichkeit sich zu beherrschen wisse und es vermeide, sich durch das bloße Gefühl fortreißen zu lassen, dem übrigens die Sache des europäischen Friedens ebenfalls anempfohlen werden könne.

Serbische Begeisterung.

Belgrad, 23. April. König Peter sandte an König Nikolaus aus Anlaß der Einnahme Skutaris ein Glückwunschtelegramm. Die Blätter feiern die Einnahme Skutaris als den glänzendsten Sieg des serbischen Volkes, weil es bisher niemandem gelungen sei, Skutari zu erstürmen.

In der Skupschtina sandte während der halbstündigen Pause der Präsident an den Präsidenten der montenegrinischen Skupschtina ein Glückwunschtelegramm ab, in dem er unter Hervorhebung des Heldenmutes der montenegrinischen Truppen die montenegrinische Skupschtina im Namen der serbischen Skupschtina zu dem großen Werke der montenegrinischen Armee beglückwünscht. Nach Wiedereraufnahme der Sitzung beschloß die Skupschtina auf Antrag des jungradikalen Abgeordneten Jaschа Prodomovic, die Sitzung zum Zeichen der Anteilnahme an der Freude Montenegros zu schließen.

Heute nachmittag fand unter außerordentlicher Beteiligung der Bevölkerung ein Umzug statt. An der Spitze der Manifestanten schritt Gardemusik. Vor dem Konak, der russischen Gesandtschaft und dem Ministerium des Aeußern wurden dem König, dem russischen Gesandten von Hartwig und dem Ministerpräsidenten Paschitsch Ovationen bereitet. Der König hielt eine Ansprache, in der er erklärte, die Freude des serbischen Volkes sei auch seine Freude. Auch der Gesandte von Hartwig, Ministerpräsident Paschitsch und der montenegrinische Finanzminister Drljenitsch, vor dessen Absteigequartier gleichfalls Kundgebungen veranstaltet wurden, hielten Ansprachen, in denen sie den Sieg der Montenegriner feierten.

Eine englische Aeußerung.

London, 24. April. Die „Times" schreibt über den Fall von Skutari: Die Mächte, einschließlich Rußlands und besonders auch Englands, haben in bemerkenswert gutem Glauben gegen Oesterreich-Ungarn gehandelt. Oesterreich-Ungarn darf sich darauf verlassen, daß die Mächte es auch in der Frage von Skutari tun werden. Die Haltung Englands bleibt selbstverständlich dieselbe, wie sie nach den Erklärungen von Sir Edward Grey ist. Wir sind mit den anderen Mächten übereingekommen, daß ein autonomes Albanien bestehen soll, zu dem Skutari gehört. Wir beabsichtigen, an diesem Abkommen festzuhalten. Europa wird die Mittel finden, um sein wohlüberlegtes und einstimmiges Urteil gegen alle, die ihm widerstreben möchten, durchzusetzen.

Die Botschafter in London.

London, 23. April. Wie das „Reutersche Bureau" erfährt, sollte ursprünglich erst am Donnerstag eine Sitzung der Botschafter stattfinden. Aber nach dem offiziellen Empfang der Antwortnote der Verbündeten war beschlossen worden, die Versammlung bereits auf heute anzusetzen. Die heutige Nachmittagssitzung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Erörterung der Note der Balkanstaaten, die als annehmbare Grundlage für einen Friedensschluß angesehen wurde. Die Botschafter kommen in dieser Woche nicht mehr zusammen. Man erwartet, daß bis zur nächsten Sitzung Schritte für eine neue Demarche getan werden, durch die die Friedenspräliminarien festgesetzt werden können. Es wird als wahrscheinlich angesehen, daß die Mächte als Vermittler unter Zugrundelegung der als wahrscheinlich bereits bekannten Bedingungen selbst die Friedenspräliminarien formulieren werden. Darüber war jedoch keine endgültige Mitteilung zu erlangen. Auch der Fall Skutaris wurde erörtert. Im allgemeinen waren die Ansichten der Diplomaten über dieses Ereignis nicht sehr klar. Zuerst war man der Meinung, daß es leicht eine weitere Verwicklung der Lage herbeiführen könne. Später entstand der Eindruck, daß Montenegro, nachdem es sein Ziel erreicht hat, sich den bereits zum Ausdruck gebrachten Ansichten der Mächte leichter werde fügen können. Amtliche Nachrichten hierüber waren nicht zu erhalten, doch gewinnt ein derartiger Eindruck an Boden. Für den Augenblick wird es jedoch, bis die Ansichten der Mächte und die Absichten Montenegros bekannt sind, für nutlos erachtet, Vermuthungen anzustellen. Doch hofft man, daß die Worte eines Diplomaten anzuwenden, daß alles sich dem Frieden nähert.

Waffenruhe.

Konstantinopel, 23. April. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Es wird versichert, der Ministerrat sei sich heute dahin schlüssig geworden, die heute abend ablaufende Waffenruhe um zehn Tage zu verlängern. Die Pforte habe beschlossen, daß dieselbe Delegation die Türkei bei den Friedensverhandlungen in London wie bei der Finanzkonferenz in Paris vertreten solle, und zwar würden die einzelnen Mitglieder derselben je nach den geschäftlichen Anforderungen in London und Paris tätig sein. Mit Ausnahme Kahli Paschas, der sich bereits in London befindet, würden die übrigen Mitglieder am 26. April abreisen.

Konstantinopel, 24. April. Amtlich wird gemeldet, daß die Waffenruhe zwischen den Türken und Bulgaren unter den bereits geltenden Bedingungen bis zum 4. Mai Mittags verlängert worden ist.

Rundschau im Auslande.

Eine Rede Asquiths.

London, 24. April. Der Verein der Auswärtigen Journalisten gab gestern abend ein Bankett zur Feier seines 25jährigen Bestehens. Unter den Ehrengästen befanden sich Premierminister Asquith, der französische, der deutsche, der österreichisch-ungarische und der italienische Botschafter, ein Sekretär der russischen Botschaft, Botschaftsrat von Kühlmann, Freiherr von der Heydt, namhafte Vertreter der englischen Presse und zahlreiche andere Gäste. Premierminister Asquith betonte in Beantwortung des Toastes auf die Gäste die Bedeutung der Presse als eines wichtigen internationalen Faktors. Sie könne unter den Nationen böses Blut machen, sie könne gegenseitige Freundschaft und gegenseitiges Wohlwollen fördern. Streitigkeiten zwischen den Nationen stammten zur Hälfte nicht aus absichtlichem Uebelwollen, aus bewußtem Ehrgeiz oder Revanchelust, sondern aus Mißverständnissen, die ursprünglich unschuldig und unabsichtlich seien, aber durch falschen Patriotismus, durch Entstellung und übertriebene Rhetorik vergrößert und angefacht würden. Asquith fuhr fort:

Außer mir sind die Botschafter der europäischen Großmächte Ihre Gäste. Wir haben heute nachmittag an einem Tisch gesessen, um das große Ziel der Verbindung und gemeinsamen Beschlußfassung zu verfolgen, auf das sie unter dem Vorsitz meines Kollegen Mr. Grey seit Monaten hinarbeiten. Gerüchte und ungeheuerliche Erfindungen sind schnell genug bei der Hand, über das zu spotten, was sie die unsittliche und lauernde Methode des europäischen Konzerts nennen. Aber die Ergebnisse, die langsam und sicher erreicht wurden, sind meines Erachtens der Zeit, der Energie und des Taktes wohl wert, die so ausgezeichnet diesem Ziele gewidmet worden sind. Die Großmächte, von denen mehr als eine bei der Umwälzung des alten Regimes in der Türkei stark und direkt interessiert ist, haben gemeinsam für einen ehrenvollen Frieden untereinander gewirkt und so weit erfolgreich gewirkt. Ihre Vermittlung ist, wie wir hoffen, jetzt wenigstens im Prinzip von den kriegführenden Parteien angenommen worden. Ich sage nicht, daß nicht schwierige Punkte auftauchen könnten — und ein solcher Punkt steht heute sehr augenfällig vor uns — Punkte, die auch jetzt noch derselben Eigenschaften der Nachsicht, der gegenseitigen Verständigung und Anpassung und der Bereitwilligkeit bedürfen, spezielle Interessen und Gesichtspunkte in dem beherrschenden Ziele der gemeinsamen Erreichung eines dauerhaften Friedens unterzuordnen, und ich denke, wir können ohne übertriebenen Optimismus hoffen, daß wir früher oder später, aber lieber früher als später, das Ziel erreichen werden, nach dem wir so lange und so mühevoll gestrebt haben.

Der Premierminister schloß, indem er diese Methoden und diesen Geist den Vertretern der Presse zum Vorbild empfahl. Er sagte: Die Regierungen der Großmächte sind von einer gemeinsamen Absicht beseelt, die die eigenen egoistischen und speziellen Interessen hintansetzt. Aber in diesem demokratischen Zeitalter können die Regierungen die Führung nur behalten, wenn die Völker folgen wollen, und niemand mehr als die Presse kann die Atmosphäre schaffen oder vernichten, in der internationales Wohlwollen gedeihen kann.

Die französischen Finanzen.

Paris, 24. April. Der Berichterstatter der Budgetkommission des Senats, Aimond, erklärt, daß das Budget für das laufende Jahr einen Fehlbetrag von mindestens 200 Millionen aufweist. Für das Budget von 1914 werde das Defizit aller Voraussicht nach mindestens 360 Millionen betragen. Deshalb würden zur Herstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts 1914 neue Steuern im Höhe von mindestens 360 Millionen und außerdem für die Bedürfnisse der Kriegsverwaltung eine Anleihe von einer Milliarde erforderlich sein.

Offiziell wird gemeldet, der Oberste Kriegsrat werde sich heute unter dem Vorsitz des Kriegsministers über die Frage der Ziffern der normalen und verstärkten Mannschaftsbestände in den einzelnen Truppenkörpern beschäftigen. Diese Ziffern werden auch dem Parlament sowie dem Heeresausschuß der Kammer vorgeschlagen werden, der gleichfalls heute wieder zusammentritt.

Von der französischen Flotte.

Paris, 24. April. Der radikale Deputierte Lebouca beschloß, den Marineminister sofort nach dem Zusammentritt der Kammer zu befragen, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, um die in der Kriegsmarine um sich greifende Opiumsucht zu bekämpfen. Gleichzeitig brachte Lebouca einen Gesetzesantrag ein, daß Opiumhändler und die Besitzer von Opiumraudstuben zu 2 bis 5 Jahren Gefängnis verurteilt werden sollen.

Aus Toulon wird gemeldet: Heute nacht drang ein Einbrecher in den Torpedobootszerstörer Lansquennet und erbrach die Kabine des Kommandanten. Ein Wachtposten ertappte den Mann, als er in den Schubfächern des Schreibtisches des Kommandanten herumstöberte. Auf die Aufforderung des Postens, die Kabine zu verlassen, feuerte der Einbrecher zwei Revolverschüsse ab, und der Soldat stürzte tot zu Boden. Der Mörder flüchtete. Eine Untersuchung ergab, daß keinerlei wichtige Schriftstücke abhanden gekommen sind.

Der Eucharistische Kongreß.

Malta, 23. April. Der Eucharistische Kongreß wurde im Dom zu Musta in Gegenwart zahlreicher Gläubigen feierlich eröffnet. Der päpstliche Legat Kardinal Ferrata gab in einer längeren Ansprache einen Ueberblick über die Religionsgeschichte der Insel seit ihrer Bekehrung. Am Abend fanden in allen Kirchen Maltas zahlreich besuchte Gottesdienste statt.

Der russische ferne Osten.

Petersburg, 23. April. Eine Konferenz unter dem Vorsitz des Generalgouverneurs der Amurprovinzen Gondatti sprach sich für die Notwendigkeit eines besonderen Einwanderungsgesetzes für den russischen fernen Osten aus. Dabei wurde vorgeschlagen, Ausländer nur über bestimmte Orte zuzulassen, und zwar auch nur nach Vorweis eines visierten Nationalpasses. Ferner müßten Gesundheit und der Besitz einer gewissen Geldsumme nachgewiesen werden. Außerdem wurden einige Beschränkungen für den Aufenthalt von Ausländern im Rayon der Amurbahn vorgeschlagen.

Die Ausländer in Kalifornien.

Washington, 23. April. Präsident Wilson richtete an den Gouverneur von Kalifornien Johnson die telegraphische Anfrage, ob die gegen die Fremden gerichtete Gesetzgebung nicht so lange zurückgehalten werden könnte, bis Staatssekretär Bryan persönlich nach Kalifornien käme, um den Standpunkt der Bundesregierung klarzulegen und die Beilegung der Streitfrage dringlich zu betreiben. In diplomatischen Kreisen gibt man offen der Meinung Ausdruck, daß das Verfahren Wilsons Japan befriedigen werde.

Sacramento, 23. April. Der Gouverneur von Kalifornien telegraphierte an Präsident Wilson, die Anwesenheit des Staatssekretärs Bryan in Kalifornien sei der Legislatur genehm.

Sacramento, 24. April. Die Legislatur hat beschlossen, die Verhandlungen über den Gesetzentwurf, betreffend den Grunderwerb durch Ausländer in Kalifornien, und die Veröffentlichung des in Vorbereitung befindlichen Zusatzantrages bis zur Ankunft von Staatssekretär Bryan zu vertagen.

Die amerikanische Tarifvorlage.

Washington, 23. April. Repräsentantenhaus. In seiner Rede zur Verteidigung der neuen Tarifvorlage gab Underwood zu, daß die Revision der Tarife nach abwärts, wie sie durch die demokratische Mill vorgesehen sei, die Kosten des Lebensunterhalts nicht sofort vermindern würde. Doch glaube er, daß dies innerhalb einer angemessenen Zeit geschehen werde, nachdem die Kaufleute über die Waren verfügt hätten, die sie unter dem hohen Schutzzolltarif eingekauft hätten. Die rechtmäßig vorgehende Industrie würde von dem offenen Wettbewerb auf den Weltmärkten Nutzen ziehen. Gardner erwiderte im Namen der Republikaner. Er erklärte, daß die Republikaner die Macht verloren hätten, habe zwei Gründe. Erstens hätte sich ihre Partei vermittelst Reformen hartnäckig widersetzt, zweitens habe das Land eine Tarifrevision gewünscht, die viel weiter gehe als die Pannevorlage. Gardner gab zu, daß die republikanische Partei unter die Führung einer zu mächtigen Oligarchie geraten sei. Underwood erklärte weiter, die Tarifvorlage gefährde keine legitime Industrie. Sie stelle eine ehrliche Revision des Tarifs nach abwärts dar.

Die Generaldebatte über die Tarifvorlage im Repräsentantenhause schließt am Montag.

Hof- und Personalnachrichten.

* Seine Majestät der Kaiser und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen sind gestern gegen 3 Uhr Nachmittags von Gießen wieder abgereist. Das Militär bildete in den Straßen Spalier. Den Fürstlichkeiten wurden vom Publikum lebhafte Ovationen bereitet.

Um 3¼ Uhr traf Seine Majestät der Kaiser mit Gefolge in Wetzlar ein, wurde am Portal des Domes von den Vertretern des Landrats, dem Bürgermeister, den Stadtverordneten und der Geistlichkeit empfangen und in den Dom geleitet. Der Kaiser vermeilte im Dom eine halbe Stunde und zeigte für die Architektur des altehrwürdigen Baumerks sehr großes Interesse. Die Erläuterung der bautechnischen Einzelheiten hatte Stadtbaumeister Krieger übernommen. Nach der Besichtigung des Innern wurde noch ein Rundgang um den Dom unternommen. Von der Volksmenge und den Schülern, welche längs der Straßen, durch die der Kaiser fuhr, Aufstellung genommen hatten, wurden dem Kaiser lebhafte Huldigungen bereitet. Die Stadt hatte reichen Flaggenschmuck angelegt. Die Rückfahrt nach Homburg vor der Höhe erfolgte über Braunfels.

Gegen 5 Uhr traf Seine Majestät der Kaiser auf der Saalburg ein, wo Er mit Ihrer Majestät der Kaiserin und der Prinzessin Viktoria Luise zusammentraf. Die Majestäten und die Prinzessin nahmen im Saalburgrestaurant den Tee ein und kehrten um 7¼ Uhr nach dem Königlichen Schloß zurück.

Heute vormittag 8 Uhr 15 Minuten ist Seine Majestät der Kaiser im Sonderzuge von Homburg vor der Höhe nach Metz abgefahren. Auf dem Bahnhof hatten sich zur Verabschiedung u. a. eingefunden Prinz Heinrich der Niederlande, Landrat Dr. Ritter von Marx und Oberbürgermeister Lübke.

* Seine Majestät der Kaiser hat, wie aus Hamburg gemeldet wird, infolge des um zwei Tage verzögerten Beginns der Probefahrt des „Imperator" darauf verzichten müssen, an dieser Probefahrt teilzunehmen, und mit Seiner Vertretung den Kronprinzen beauftragt.

* Der Herzog von Sachsen-Meiningen ist gestern mittag von Mentone nach Genua abgereist.

* Die Herzogin von Connaught hat eine gute Nacht gehabt. Ihr Befinden hat sich weiter gebessert.

* „Osservatore Romano" erklärt, mitteilen zu können, daß die Genesung des Papstes regelmäßig fortschreitet zugleich mit der zunehmenden Besserung des Allgemeinbefindens. Der Papst verlasse seit drei Tagen das Bett und bleibe täglich einige Stunden auf.

---

* Im Kuppelsaale des Reichspostamts hatte gestern abend Staatssekretär Kraetke um das Denkmal des Generalpostmeisters von Stephan eine zahlreiche und auserlesene Gesellschaft versammelt, die zu einem Vortrage des Geheimen Oberpostrats Professors Strecker über Fernsprechverstärker geladen war. Unter den Anwesenden bemerkte man die Staatsminister und Staatssekretäre von Breitenbach, Beseler, Trott zu Solz, Sydow, Kraetke, von Jagow, Delbrück, eine Anzahl von Mitgliedern des Bundesrats, den Unterstaatssekretär Zimmermann und zahlreiche hohe Beamte aus verschiedenen Reichsämtern. Ferner waren erschienen vom Präsidium des Reichstags die Herren Geheimrat Paasche und Geheime Dove, zahlreiche Abgeordnete der verschiedenen Parteien des Reichstages, bekannte Mitglieder des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, der Polizeipräsident von Jagow, Vertreter der elektrischen Großindustrie, darunter Geheimrat von Siemens, und viele andere hervorragende Persönlichkeiten aus der Berliner Gesellschaft. Der Vortragende, Geheimrat Strecker, behandelte in einstündigem, außerordentlich lichtvoll gehaltenem Vortrage das Problem des Nutzbarmachens des Telephons auf weite Entfernungen. Seine Ausführungen gipfelten in praktischen Vorführungen der Sprechverstärkung durch Anwendung der von Liebenschen Lampe, wobei unter Einschaltung eines künstlichen Abschnitts die Ueberwindung der Entfernung Berlin-Rom unter außerordentlicher Erhöhung der Tonstärke versucht wurde. Nach Schluß der mit wiederholtem lebhaften Bei-